

BLOCK I: NEUE SICHERHEITSKONZEPTE. KRISENPRÄVENTION UND KONFLIKTNACHSORGE

„Krisenintervention ist zu einem neuen Leitbild für staatliche und nichtstaatliche Entwicklungs- und zum Teil auch Aussen- und Sicherheitspolitik geworden“ (Tobias Debiel/Volker Matthies; AFB-Texte 2/2000).

Die Konzeptionen von politisch initiiertem Krisenprävention und Konfliktachsorge gehen u.a. zurück auf die „Agenda für den Frieden“ der UNO aus dem Jahre 1992: In Punkt 21 des Berichts des damaligen Generalsekretärs Boutros Boutros Ghali ist zu finden: „Die vorbeugende Diplomatie ist bestrebt, Streitigkeiten beizulegen, bevor Gewalt ausbricht; Friedensschaffung und Friedenssicherung sind notwendig, um Konflikten Einhalt zu gebieten und den einmal erreichten Frieden zu erhalten. Sind diese Massnahmen erfolgreich, so verbessern sie die Aussichten für die Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit, wodurch erneute Gewalt zwischen Nationen und Völkern verhindert werden kann.“

Auf der Homepage des Auswärtigen Amtes findet sich das Konzept der Bundesregierung vom Sommer 2000 mit dem Titel „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“. Ziele dieses Konzepts sollten sein: Die frühzeitige Vorbeugung der gewaltsamen Austragung von Konflikten in potentiellen Krisen- und Konfliktgebieten, die Eindämmung der Ausweitung bereits ausgebrochener Gewalt und die Verhinderung eines erneuten Gewaltausbruchs nach dem Ende bewaffneter Auseinandersetzung. Der Sicherheitsbegriff wird dergestalt erweitert, dass er „politische, ökonomische, ökologische und soziale Stabilität umfasst“. Dieses Konzept soll ressortübergreifend verzahnt werden, nichtstaatliche Akteure „sollten so weit wie möglich einbezogen werden“.

Auch die EU ist nach den bitteren Erfahrungen in den Balkankriegen bemüht, ihre Kapazitäten beim nichtmilitärischen Umgang mit Konflikten zu verbessern. Generell ist unter den westlichen Gebern die Aufmerksamkeit für Ansätze der Krisenprävention sowie für die Berücksichtigung von Konfliktursachen bei der Gestaltung von Entwicklungszusammenarbeit gestiegen (vgl. OECD 1997).

Krisenpräventive Entwicklungspolitik kann mittel- und langfristige Wirtschafts-, Staats- und Gesellschaftsstrukturen beeinflussen. Eine zentrale Herausforderung besteht laut Tobias Debiel und Martina Fischer im Friedensgutachten 2000 darin, „Massnahmen der Entwicklungszusammenarbeit so zu konzipieren, dass sie Kriegsstrukturen nicht ungewollt unterfüttern, sondern ihnen entgegenwirken.“

Strukturelle Krisenprävention hat „die Aufgabe, negative Folgen der wirtschaftlichen Globalisierung abzufedern, beim Aufbau sozialer Sicherheitssysteme zu helfen sowie den peripheren Ländern Entwicklungs- und Integrationschancen zu eröffnen“ (Ebenfalls Friedensgutachten 2000).

Jedoch: Ein massives Ungleichgewicht zeichnet sich bereits ab in der Ressourcenverteilung für den zivilen und den militärischen Bereich ab – nicht nur in der Budgetierung, sondern auch in Fortschritten: Während die Planungen im militärischen Bereich ein rasantes Tempo einschlagen, beschränken sich die Beschlüsse im zivilen Bereich bisher auf die Verbesserung von Information und Koordination. Der zivilen Krisenprävention droht das Schicksal eines kleinen schicken Anhängsels eines „militärisch ausgerichteten Ansatzes des reaktiven Krisenmanagements zu werden“ (FG S.137).

Es scheint also: Bei der Prävention handelt es sich auf politischer Ebene im wesentlichen noch um etwas, welches der Umsetzung harrt. Das hat diverse Gründe: Gewaltfreie und gewaltmindernde Konzeptionen widersprechen der jahrhundertlang eingeübten Tradition, Probleme mit Gewalt zu lösen. Ebenso handeln die politischen Entscheidungsträger in der Regel erst dann, wenn es bereits um einen möglichen militärischen Kriseneinsatz geht und nicht mehr „nur“ um Vorbeugung von Krisen. Humanitäre Hilfsleistungen – und auch Entwicklungsgelder – fliessen oft dann am üppigsten, wenn die Katastrophe bereits eingetreten ist.

Ein weiteres Problem scheint mir zu sein, dass Macht-, Bündnis- und Wirtschaftsinteressen weiterhin uneingeschränkten Vorrang vor Bemühungen um Krisenprävention besitzen.

Als wichtigen Ansatzpunkt aus meinem Blickwinkel heraus empfinde ich die Formulierung im Konzept der Bundesregierung, die da lautet: "Nichtstaatliche Akteure (Nichtregierungsorganisationen, Wirtschaft, Kirchen u.a.) sollten so weit wie möglich einbezogen werden". Vernachlässige ich die Formulierung „so weit wie möglich“, so scheint sich dort das widerzuspiegeln, was auch in internationaler Politik und Diplomatie – die sogenannten „Track One“-Akteure – anerkannt wird: dass nämlich die Akteure der Gesellschaftswelt – die sogenannten „Track Two“-Akteure – „in der De-Eskalation von gewaltsam ausgetragenen Konflikten und bei der Suche nach gewaltfreien (ausgewechselt) Formen der Handhabung von Konflikten eine konstruktive Rolle spielen...“ (nach W.Heinrich, 1999). Auch 1995 waren diese Akteure Thema des Berichts der Kommission für Weltordnungspolitik „Nachbarn in Einer Welt“: Die Zahl der NGOs steigt stetig: "Mit ihrem Wissen, ihren Fertigkeiten, ihrer Begeisterung, ihren unbürokratischen Ansätzen und ihren basisorientierten Betrachtungsweisen bieten sie eine gute Ergänzung zu den staatlichen Institutionen" (S.38). Trotz unterschiedlicher Ansichten – so gibt es Stimmen, die die demokratischen Entscheidungsstrukturen gefährdet sehen durch die NGOs – sind die NGOs nicht mehr aus dem politischen Leben wegzudenken. Unabdingbar für die Konzeptionierung von Krisenprävention und Konfliktnachsorge ist eben die Wahrnehmung einer doppelten Aufgabe (ich spreche jetzt von den entwicklungspolitischen NGOs in der BRD) – und die können die NGOs am besten übernehmen, und damit die staatliche Entwicklungspolitik ergänzen und vor allem auch unter Legitimationsdruck setzen:

Zum einen ist es die Arbeit im sogenannten „Süden“ mit den wichtigsten Prinzipien wie Langfristigkeit, Förderung bereits vorhandener Ansätze, partnerschaftliche Zusammenarbeit, Ermöglichung ganzheitlicher Entwicklung, Abstimmung der einzelnen Vorhaben.

Zum anderen ist es die Arbeit im sogenannten „Norden“ mit den wichtigsten Prinzipien wie Bewusstseinsbildung auf politischer und gesellschaftlicher Ebene und Verbesserung der Entwicklungszusammenarbeit.

In der Geschichte der nordamerikanischen mennonitischen Friedensarbeit veränderte sich der inhaltliche Schwerpunkt Ende der 60er: Die Erkenntnis setzte sich durch, dass es eben nicht ausreichte, Lebensmittel und Kleidung an die Hungernden und Heimatlosen zu verteilen. Eben diese Hungernden und Heimatlosen artikulierten ihre Bedürfnisse, die mehr umfassten als materielle Unterstützung: "Mennonites were asked also to be peacemakers, to work at changing systems and institutions that caused suffering" (Joseph S.Miller in: From The Ground UP. Mennonite Contributions To International Peacebuilding, EMU 2000, S.7). Nach einer nationalen Organisation entstand dann 1988 der International Conciliation Service (ICS) aus der Erkenntnis heraus, dass es mehr und mehr der Konflikttransformation bedarf: "Once again, there was a recognition that Mennonites should not limit their efforts to picking up the pieces after destructive conflicts"(J.S.Miller,S.23). Daneben entstanden 1989 die Christian Peacemaker Teams (CPT). Freiwillige, die u.a. ausgebildet werden in gewaltfreien Aktionen und interkultureller Kommunikation, werden auf Einladung von Initiativen vor Ort in die Einsatzländer geschickt.

Aber auch lange vor der Gründung dieser Organisationen gab es bereits sowohl Kriseninterventionsprogramme als auch Konfliktnachsorge: So geht die Geschichte der Friedensarbeit des MCC z.B. in Südafrika, Palästina, Nordirland, Süd- und Mittelamerika zurück bis Ende der 60er.

Diese exemplarische Auflistung – die sich auf die Mennoniten beschränkt, dabei aber die Arbeit aller anderen Kirchen und Organisationen nicht unter den Tisch fallen lassen will – soll deutlich machen, dass diejenigen Organisationen, die bereits jahrzehntelange Erfahrungen mit Friedensarbeit gemacht haben, m.E. eine deutliche Aufgabe bezüglich der sogenannten neuen Sicherheitskonzepte wahrnehmen müssen:

Das, was in dem Konzept der Bundesregierung erwähnt ist, muss eingefordert und umgesetzt werden:

- 1) In die erwähnte „kohärente Strategie der zivilen Krisen- und Konfliktbewältigung“ sollen die „Track Two“-Akteure einbezogen werden.
- 2) Eine „Kultur der Prävention und des Dialogs“ soll gefördert werden; Friedens- und Konfliktforschung, internationale Bildungspolitik, Auswärtige Kulturpolitik und Medienpolitik müssen auf den Abbau von Feindbildern, interkulturellen Dialog und friedliche Konfliktlösungs Bemühungen ausgerichtet werden.
- 3) „Ziel ist es, ressortübergreifend und durch Nutzung gesamtgesellschaftlicher Ressourcen qualifiziertes Personal in allen relevanten Bereichen bereitzustellen“.

Der politische Diskurs ist weiter als die Umsetzung. Es mangelt bisher an Koordination, es existieren unterschiedliche Vorgehensweisen in den nationalen Ministern und Agenturen: In meinen Augen wäre gerade die EU ein prädestinierter Vorreiter krisenpräventiven Engagements, da sie eher nicht einer auf nationale Vorteile ausgerichteten Interessenspolitik bezichtigt werden kann. Wieweit die EU dies leisten kann und will, hängt m.E. auch entscheidend davon ab, ob es gelingt, das neue Leitbild, von dem Debiel und Matthies sprechen, nämlich Krisenprävention und Konfliktnachsorge, zum Leben zu erwecken. Diese Verantwortung haben sich auch die „Track Two“-Akteure zu stellen – auf ihrer je spezifischen Ebene.

(Autorin: Martina Basso, Referat gehalten auf der Friedenskonsultation der EKD am 28.1.2002)

Dieses Dokument wurde heruntergeladen von:



Mennonitisches Friedenszentrum Berlin (MFB)

www.menno-friedenszentrum.de